

Ä1

Satzungsändernder Antrag

Antrag an die 66. Mitgliederversammlung des fzs e.V.

Initiator*innen: AStA Uni Frankfurt

Titel: Ä1 zu SÄ-A6: Ausschüsse: Binäre Quotierung der Vorzugsregelungen auflösen

geänderte Fassung

Von Zeile 2 bis 3:

Einem Ausschuss sollen ~~internationale Student*innen~~ Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Menschen ohne deutsche Hochschulreife und Menschen mit Migrationsgeschichte angehören. Weiterhin sollen einem Ausschuss negativ von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus betroffene Menschen angehören.

Begründung

1. Hochschulpolitik betrifft mehr Menschen als nur Student*innen. Deswegen beantragen wir, dass auch Menschen, die nicht studieren, bei Wahlen bevorzugt werden.
2. Die Gruppen ‚Ausländer*innen‘ und ‚inter-nationale Student*innen‘ sind nicht deckungs-gleich. Eine Person ohne deutsche Staats-Angehörigkeit mit einer deutschen Hoch-Schul-Reife ist kein*e inter-nationale Student*in. Diese Person darf viele Sachen, die Menschen mit deutscher Staats-Angehörigkeit machen dürfen, nicht machen. Sie darf nicht an Bundestags-Wahlen teil-nehmen. Sie braucht eine Aufenthalts-Genehmigung. Sie macht andere Erfahrungen im Alltag als eine Person mit deutscher Staats-Angehörigkeit. Ihre Perspektive ist für den fzs genauso wichtig wie die

Perspektive von Student*innen ohne deutsche Hoch-Schul-Reife. Deswegen beantragen wir, dass Menschen ohne deutsche Staats-Angehörigkeit bei Wahlen bevorzugt werden.

3. Menschen mit Migrations-Geschichte und negativ von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus betroffene Menschen machen in ihrem Alltag, im Beruf und im Studium häufig diskriminierende Erfahrungen. Mitglieder der *weißen*, christlichen Mehrheits-Gesellschaft werten diese Menschen oft ab. Sie sprechen ihnen zum Beispiel ihre Fähigkeiten und Kenntnisse ab. Das deutsche Bildungs-System schließt Menschen mit Flucht-Erfahrung und Sinti*ze und Rom*nja häufig aus. Menschen mit Migrations-Geschichte und negativ von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus betroffene Menschen sind an deutschen Hoch-Schulen unterrepräsentiert. Deswegen beantragen wir, dass diese Gruppen bei Wahlen bevorzugt werden.
4. Der fzs trägt als deutsche Bundes-Student*innen-Vertretung gegenüber Menschen ohne deutsche Staats-Angehörigkeit, Menschen mit Migrations-Geschichte und negativ von Rassismus, Antisemitismus oder Antiziganismus betroffenen Menschen eine besondere Verantwortung. Deutsche StudentInnen und Hoch-Schulen haben eine wichtige Rolle in der Verbreitung und Umsetzung von der national-sozialistischen Rassenideologie gespielt. [1] Deswegen ist der fzs besonders dazu verpflichtet, sich um die Beteiligung von den oben genannten Gruppen zu bemühen. Diese Bemühung entspricht auch den Vereins-Zielen (§2 Abs. 6 Satz 3 Satzung).
5. Die vor-geschlagene Änderung verändert nicht das Ziel vom Antrag SÄ-A6.

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Universität_im_Nationalsozialismus, zuletzt abgerufen am 02.03.2021.